

Ersteinst täglich
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.80 M.
jährlich 3.60 M.
Einzeln. frei ins Haus.
wird die Post bezogen
1.60 M. extra bezugsfähig.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsblätter),
durch die Post nicht abzu-
bestellen, kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Eleganz-Bureau.
Postabblatt Halle/Saale.

Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

Intentionsanbahn
beruht für die Kapitalisten
auf der Berechnung der Kosten
des 1/2 Pf. für Wohnung,
Parteien, demokratische
Kommunisten, Arbeiter 10 Pf.
Im reaktionären Teile
steht die Seite 76 Preislos

Interate
für die fällige Nummer
müssen spätestens vier
Wochen vor dem 10. März in der
Expedition aufgegeben
sein.

Eingetragen in die
Postregulierungs-Liste
unter Nr. 7808

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Draumburg-Weiskensels-Beich, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Kot 2 C

Expedition: Geisstr. 21, Kot part 1

Verstaatlichung der Kohlengruben.

Auf der Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die während der Pfingsttage stattfand, führte Genosse Gue-Gisen in seinem Referate über die Verstaatlichung der Gruben folgendes aus:

Die Zeit der Kohlennot vor zwei Jahren wurde von den Bergarbeitern zu dem bekannten Kohlenmangel ausgenutzt; infolgedessen erlitt nicht als je der Ruf nach Verstaatlichung der Kohlengruben. Nicht nur sozialdemokratische sondern auch konservativ und ultrakonservative Parteipolitiker erklärten, die Verstaatlichung in der Kohlen-Industrie müsse aufhören im Interesse der Allgemeinheit.

Es fragt sich, ob wirklich die heutige Rechtslage die Grubenverstaatlichung ohne Schaffung eines anderen Rechts zuläßt, zweitens ob die Verstaatlichung wirklich im allgemeinen Interesse liegt, drittens ob die Bergarbeiter irgend ein Interesse an der Verstaatlichung haben. Zur ersten ist festzustellen, daß zur Zeit neun Zehntel des deutschen Grubengebietes dem Staat, mit anderen Worten also das Volk, als Eigentümer der Grubengebiete benannt. Die angehenden Grubenbesitzer sind in Wahrheit nur Grubenpächter, daher spricht das Berggesetz nicht vom „Bergbesitz“, sondern nur vom „Berechtigten der Mineralien“. Eine Ausnahme macht das sächsische Berggesetz, indem es die Kohlenfläche als einen Bestand des Grundeigentums bezeichnet. Sodann gehören die Kohlenfläze zum Grundeigentum in dem ehemals lursächsischen, jetzigen preussischen Gebiet, die Eisenzege gehören zum Grundeigentum in Schlesien, Hinterpommern, Mählen, die Salze der Provinz Hannover. Ursprünglich waren die Erdschätze Gemeineigentum, wie der Bergrechtshistoriker Gedobach nachgewiesen hat. Mit der Einwidmung der Königsmaad entstand auch das sogenannte Eigentumsrecht an den Mineralien (Bergregal). Die aufstrebenden Grundbesitzer und Landesherren zwingen der Zentralgewalt das Bergregal ab. In England gelang es schon im 14. Jahrhundert dem Großgrundbesitzern, das Bergregal zu besitzigen. Auf dem europäischen Festlande fand eine vollständige Ummwälzung des Bergrechts statt durch die französische Revolution 1789. Diese setzte den König als Mineraligentümer ab; in dem französischen Berggesetz von 1810 ist die „Nation“ als Mineraligentümer eingestuft. Dieses Bergrecht fand Eingang in Holland, Belgien, Griechenland etc., und auch das allgemeine preussische Berggesetz von 1865 übernahm die vergründlichen Grundzüge des französischen Gesetzes. Alle anderen Berggesetze der deutschen Bundesstaaten sind dem preussischen nachgebildet, so daß wir eigentlich schon ein einheitliches deutsches Bergrecht besitzen. Nur das sächsische Berggesetz zeigt einige wesentliche Abweichungen.

Da unser geltendes Bergrecht den Staat als Mineraligentümer nennt, so steht einer Verstaatlichung der Gruben durchaus nichts im Wege. Die Rechtslage ist also der Verstaatlichung günstig.

Daß die Allgemeinheit ein Interesse an der Verstaatlichung der Gruben hat, bedarf eigentlich keines Beweises. Kohlen sind für uns alle notwendig wie tägliches Brot; ihre Verteuerung,

wie wir sie durch die Unternehmer erleben, schädigt schwer den kleinen Konsumenten, die Industrie sowohl als das ganze Staatsweien. Die Abhängigkeit des Konsumenten von den Monopolisten wird immer größer und ungeheurer. Das hat auch der preussische Staat empfunden, daher auch seine neuerliche Erwerbung von Ruhrzege. Die Grubenbesitzer schliegen sich immer enger zusammen, vereinbaren internationale Verträge. Viele deutsche Gruben befinden sich schon jetzt in Händen des ausländischen Kapitals. Die meisten Gruben nehmen nicht Rücksicht auf das Gemeinwohl. Mehrere die Konzentration des Grubenkapitals fortschreiten, um so gewaltiger wird die wirtschaftliche Macht der Sanddöhl Grubenbesitzer. Sie sind ein fürchterlicher Staat im Staate. Der offizielle Staat hegeht langsame Selbstmord, wenn er diesen Monopolisten nicht das Handwerk legt.

Wenn nun anglische Gemüter behaupten, der heutige Staat würde als alleiniger Grubenbesitzer die riesigen Verkschuldnisse zu militärischen und sonstigen unproduktiven Zwecken verwenden, so ist darauf zu entgegnen, auch heute erhält der Staat Millionen und Milliarden für Militärschwund und Militarismus, die das Volkstretter sehr bewilligungsfreudig sind. Unsere Staatsschuld wächst nie riefenweise und dieselben Kapitalisten, die als Grubenbesitzer ungeheure Ueberverschuldnisse einheimen, erhalten als Besitzer der Staatsobligationen noch obendrein die Zinsen von den Staatsschulden. Wenn nun die hatächlich der Staat als alleiniger Grubenbesitzer die Ueberverschuldnisse zu den erwähnten Zwecken verwenden sollte, was noch längst nicht feststeht, so würde das für den Staatsbürger keine Verschlechterung gegen heute bedeuten. Ueberhaupt wird ja auch bei Verstaatlichung von Eisenbahnen, Post usw. nicht um die Erhaltung der Staatsmaad gefragt, sondern die Verstaatlichung wird vorgenommen, wenn im öffentlichen Interesse liegt. Jeder Staatsbürger hat über ein hohes Interesse an der gemeinheitsmäßigen Ausbeutung der Mineralien. Abgesehen von der Sanddöhl Interessenten, werden wir daher der Grubenverstaatlichung ruhig zustimmen können. Fragt er allerdings, ob speziell der Bergarbeiter Verstaatlichung hat, eine Grubenverstaatlichung zu fordern, so muß mit Nein geantwortet werden. Bekannt ist, daß die fiskalischen Gruben durchaus keine Musteranlagen sind. Viele Bergwerke zahlen bessere Löhne, haben kürzere Arbeitszeiten, weisen weniger Unfälle auf, behandeln die Arbeiter humaner wie der Fiskus im Saargebiet, insbesondere ist bekannt, daß der Fiskus die staatsbürgerlichen Rechte seiner Arbeiter in der rigorossten Weise beschneidet; es ist darum nur zu erklärlich, daß die Bergarbeiter als Berufsgruppe nur mit Widerstreben der Verstaatlichung näher treten, oder sie sogar direkt ablehnen.

Aber ich betone ausdrücklich, daß das Berufsinteresse zu schmeigeln hat, wenn die Interessen der Allgemeinheit in Frage kommen. Im übrigen ist die Furcht vor den fiskalischen Verkschuldnissen vielfach übertrieben, weil die hatächlichen Verhältnisse nicht hinreichend bekannt sind. Die Grubenverstaatlichung liegt in der Hand des Fiskus eine so starke wirtschaftliche Lage, daß dieselbe die Organisation der Bergarbeiter erfahre und somit jede Aussicht auf Reformen verneint. Haben wir denn aber nicht auch schon heute eine

zentralisierende Macht der Grubenbesitzer? In den letzten 30 Jahren ist in Deutschland die Zahl der Bergwerksbetriebe von 3800 auf 1700 gesunken, während die Produktion von 51 auf 175 Millionen Tonnen stieg. Die Gesamtbeschäftigte stieg von 200.000 auf 600.000 Köpfe. Die Werksanzahl ist also um 100 Prozent gefallen, zugleich sind aber Produktion und Arbeiterzahl auf das dreifache gestiegen. Hierin kommt die gewaltige Konzentration des Kapitals in der Montanindustrie deutlich zum Ausdruck. Die Gewerbesteuer 1895 fand in der Bergwerksindustrie unter hundert Gewerbesteuergehörigen 90 Industriearbeiter und nur 0,5 Unternehmer. In sämtlichen Industrien waren von hundert Gewerbesteuergehörigen 75 Lohnarbeiter und 25 Unternehmer. Diese Statistik beweist haarsträubend, daß wir es in der Bergwerksindustrie nur mit einer verhältnismäßig geringen Zahl, einer Sanddöhl Unternehmer zu thun haben. Von den 63 oberirdischen Kohlengruben befinden sich 39 im Besitz einiger hochadeligen Familien; in Sardinien sind wenige Leute ebenfalls ausschlaggebend unter den Grubenbesitzern. Im Ruhrbezirk beherrschen die Herren bezw. Familien Funke, Waldhauen, Thijssen, Stimmes, Schulz, Grimberg fastlich die Situation. In allen Revieren bestehen Unternehmerverbände, die ihren Mittelpunkt finden im Zentralverband der Industriellen. Die Zentralgewalt ist also heute schon vorhanden, weit mehr wie bekannt. Nicht an dem „Wollen“, sondern an dem „Können“ der Saargebiet liegt es, daß sie die Arbeiterorganisation nicht verdrängen; sie möchte n, doch, aber ihre Pläne sind nicht durchzuführen. Wenn der Staat den Grubenbetrieb allein übernehme, so könnte auch er nur durch einen Staatsstreik die Arbeiterorganisation verdrängen, diesen wird er sich wohl rechtlich überlegen, denn was dabei herauskommt, können die Staatsstreikler nicht absehen. Wäre der Rechtsfiskusverein im Jahre 1898 im Saargebiet festgesetzt und von fälligen Steuern befreit gewesen, wäre er nicht durch das Berggesetz des Volksvereins fällig katholische Deutschland innerlich gesplittert gewesen und hätte der Streik nicht in so unangünstiger Konjunktur stattgefunden, so vermöchte der Fiskus den Rechtsfiskusverein nicht zu zerstören. Unter den damals obwaltenden Umständen hätten auch die Privatkapitalisten den Rechtsfiskusverein zu Grunde richten können. Heute hat der Bergarbeiterverband schon zahlreiche rührige Mitglieder, die auf fiskalischen Werken arbeiten. Die Hauptmasse ist und bleibt stets Arbeiterenergie und eine traffe Organisation, wo diese nicht ist, da mag der Unternehmer fiskalisch oder privat sein, die Arbeiter leben stets in sehr bedrückten Verhältnissen. Nach dem Dargelegten darf ich mit voller Ueberzeugung aussprechen: auch der Bergarbeiter als solcher kann ruhig der Verstaatlichung zustimmen. Als Staatsbürger muß er dafür eintreten und durch Beteiligung am politischen Wahlrecht und Wahl von volkstümlichen Abgeordneten die Staatsleitung und Gesetzgebung im demokratischen Sinne beeinflussen. Bergessen Sie aber unter keinen Umständen, daß niemals und nirgends der Arbeiter eine Verbesserung seiner sozialen Lage erreichte ohne träftige Organisation.

44)

(Nachdr. verb.)

Am die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1325 von Robert Schmeidel.

Ein Widerspruch erfolgte nicht und Gek fuhr fort: „Zorgen wir überhaupt, lieben Freunde, daß die ewiggleiche Freiheit kein leeres Wort liebe. Als Jesus in Jerusalem einzog, war er zuerst die Händler, Wechler und Verkäufer aus dem Tempel. Um das Volk frei zu machen, stürzte er die tische der Verkäufer. Aber siehe, an Stelle der jüdischen ist eine römische Vertriebsreligion getreten, die es trieb wie jene. Jetzt, wo die Reformation die Art an ihre Wurzel gelegt hat, schaffen wir, daß nicht eine lutherische Vertriebsreligion sich auf die römischen Stühle setze. Das Gelüsten danach ist gar groß, wie mich dünkt. Wann wir unseren Sieg nicht nutzen, um die ewiggleiche Freiheit festzusetzen in Geleiten, welche die alten Wälder brände abtöten und eine neue Ordnung begründen im Reiche wie in der Kirche, in Gewerbe, Handel und Wandel, alsdann werden wir abermals um unsere Freiheit betrogen und alle Opfer, die wir ihr mit unserem Herzblut bringen, werden vergebens gebracht sein.“

„Also dran, dran, dran!“ rief Florian Oberger und stieß sein Schwert gegen den Fußboden. Die anderen thaten es mit ihren Bechern auf den Tisch, während sie den Schwelchtruf wiederholten.

„Und Ihr sollt uns Rothenburger als ein erwählter Kriegsmann führen,“ sprach Simon Weuffer. „Wollt Ihr?“

„Ja, da kann Rot werden,“ versetzte Herz Florian gut gewillt. „Ich weiß, daß Ihr Rothenburger in den Wäldern geübt seid. Die kühnsten Leute in meinem Hählein, das ich vor sechs Jahren gegen den Bergsohl Wäld führte, waren aus Eurer Vändschaft.“

„Dann kennt Ihr wohl auch den langen Dienhart?“ fragte der Dorfmeister.

„Den Hieren von Schwambronn? Freilich!“ entgegnete der Witter und ein Sädeln erhobte sein ernstes Gesicht. „Er foßt auch gegen den Erzbischof von Trier und ich bin von da-

mals noch in seiner Schuld. Auf dem Markt war's und eine merdliche Dite. Mann und Hof verdammtend ichier. Mir selbst lebte die Junge am Gaumen. Wie wir Rot halten, kommt der Biernefen, denn so ist kein wichtiger Name, und bringt mir Wasser in seiner Sturmhauhe. Aus einem Gruben hatt' er's geschloßt, kühnig war's und auch warm. Gut hat's dennod. Zu heizen gab's auch nichts. Er hatte ein Stüd Brot und eine Zwiebel, das teilte er beides mit mir, und es hat mir gar köstlich geschmeckt. Ein paar Hählein solcher Geleiten wie er, die seligen den Teufel aus der Welt, Adel und Pfaffen zu geheimen.“

„Nur er wird uns auch ich bei unierem Hählein mit selben, darauf können Ihr Euch verlassen,“ versicherte der Dorfmeister.

„Kann ich mir denken,“ nickte Herz Florian. „Aber es ist Zeit, des Weimerges zu gedenken; das wichtigste wäre beizubringen und es tagt bereits.“

Durch das ängstliche Bapier der Fenster schimmerte der junge Wergen. Herz Weiler lächelte die Miernefen aus und ging seinen Arndt machen. Die Bergarbeiter händelten die Zeit. Mit einer Kanne warmen Wein zum Morgen- und Steigbügeltruf lehnte er zurück. Herz Florian, der den weitesten Weg hatte, drückte zuerst auf.

„Auf Wiedersehen denn am Sonntag Judica zu Schöthal, werde Freunde und Kampfgenosfen,“ rief er, den Männern, die mit ihm vor die Thür getreten waren, daß die Hand schütteln und schenken sich in der Sattel eines prächtigen Manphenges von starkem Knochenbau und mit feurigen Augen.

„Mein Weg geht über das Gierzenzenerlöcher; soll ich Quartier bestellen?“ scherzte Wendel Wipeler.

„Ich war's zufrieden, auch daß sie bis dahin ihre weichen Sätteln sehr hübschlich machten,“ rief Florian Oberger ebenso zurück und drückte seinem Wapen die Sporen in die Weiden. Er tritt über den Wald in den Hügelgrund, ein flaches, grasreiches Thal, von sanften Nebenbügeln in seinem unteren Teile eingestrichelt. Hier und dort waren schon die Wälder beständig, die Weiden an die Stöße zu binden und von den betrockneten Hängen zu besetzen. Das Wetter war so mild, als ob man in der Mitte des April wäre und die Vögel jubilierten über dem Thale, das sich auf die hier breit und reich liegende Lanber öffnete. An dem jenigen Ufer lag sich hinter feinen Mauern das Städtchen Kömingshofen die waldbestatteten Berge hinan. Von halber Höhe grünte eine weiße Kapelle den einleinen

Weiter, der seinen feurigen Wapen gemächlich schreiten ließ. Das Licht der Morgenröthe badete in ihrem warmen Golde die Berge, das Städtlein, den rauschenden Fluß, das sanfte Thal, und Florian von Geuer gedachte, daß der Tag nahe wäre, an dem die Sonne der Freiheit Berg im Thal verklären würde.

„Um, was meint Ihr, ob der wohl je seine goldenen Sporen herab?“ wandte sich der Bretthamer, der mit den anderen Florian Geuer nachschaute, an Wendel Wipeler.

„Dieser kraute unwillig die hohe flare Stirn und versetzte: „Gines wird er immer vergessen, des bin ich gewiss; den Adel seines Herzens.“ Sein Wapenflügel lautete: Nulla erus, nulla corona, das heißt zu deutsch: Ohne Kreuz keine Krone. Die Krone aber, für die er kein Opfer scheut, das ist die Freiheit der Unterdrückten, des Volkes Freiheit.“

Nur, Ihr dürft mir mein Hählein nicht berühren, Herr,“ antwortete Leonhard Weiler. „Aber wisst, wie mir von den Beren gefunden werden, und was nicht mit Gewalt geht, da betriegen sie uns mit glatten Worten und Verprechungen, so daß unierem einem Gelohnen mit trauen mag.“

„Ja, trau' einer dem Teufel,“ rief hier eine weibliche Stimme.

Von den Männern unbemerkt, war eine Frau um die Hausede gekommen und hatte Weilers Stimme gehört. Sie war dürrig gelehrt, von hagerer Gestalt und über weidliche Mittelgröße. Geiziges, vom Winde geräuselt Haar wuchs einem schwarzen Kopftuch hervor. Ihr mageres Gesicht war voller Angst und Furchen. Die dunkeln Augen aber, die sie, auf einen langen Zeit geföhrt, auf die Männer richtete, trafen ihr Alter Vagen. Ein unruhig feiner brannte in ihnen. Gesicht und Hände erriethen Herz gebraunt.

„Wer jed's?“ rief Wendel Wipeler erlaut. „Und der Sädeln Nachbad, warum ist er ausgeblieben? — Aber kommt ins Haus!“

(Fortsetzung folgt.)

Eine Preisfrage.

Die Frankf. Ztg. wirft die Frage auf, wer eigentlich im Deutschen Reich die Zufriedenheit sei. Die Stadt ist es nicht, und das Land ist es auch nicht. Die Industrie ist es nicht, und die Landwirtschaft hat das Wort. Zufriedenheit! Mühsal aus ihrem Sprachgebrauch. Die Mühsal ist es nicht, und die Mühsal ist es ebensowenig. Wo also find die Zufriedenen? Sind sie vielleicht noch in der Regierung zu finden? Manchmal hat man wirklich den Eindruck, als wäre Graf Bismarck der einzige im ganzen Reich, der die Feinde vernünftig betrachtet, was er in seiner zweijährigen Ministerzeit anerkannt hat. Es sollte zwar ein solcher Mann werden, und nun ist es ein zweifelhaftes Mitglied geworden, von dem niemand recht wissen will, der doch sich zufrieden, wenn der Ton nur dampft. Er schüttet die verdächtigsten Anreden zusammen und hofft auf die Gründung einer Wunderversammlung, die schließlich alles mitleid ausgleichen und veröhnen soll. Wenn aber die Gründung der Saue nicht gelinkt? Nun, er focht und focht oben weiter, er hofft und hofft, weil es ihm an Straßengewand, den Ton rechtzeitig vom Feuer zu ziehen oder einen ordentlichen Brocken Reich hinein zu thun.

Die Frankf. Ztg. fixiert damit die politische Situation nicht über. Nur einen verurteilt das Wort, der alle Ursache zur Zufriedenheit hat, das ist die Sozialdemokratie. Besser kann die sozialdemokratische Vorauslage, daß der kapitalistische Klassenstaat an seinen eigenen Wunden zerbricht, zu Grunde gehen wird, nicht bemerkt werden, als durch die gegenwärtige politische Lage. Nicht nur in Deutschland sondern überall wird es von Jahr zu Jahr unmöglicher, die sich widerstreitenden Interessen auszusöhnen zu können. Das das nicht gelinkt, ist nicht persönliche Schuld des Bismarck sondern ist in der Natur der Sache begründet. Auch Bismarck war am Ende seines Vortrags, als er den Austritt erriet. Wer nach Bismarck kommt, wird nicht glücklicher sein als er. Die bürgerliche Welt treibt ohne Zweifel eine Materialvorliebe zu, und kein Reichstagsler, kein Fürst kann dieselbe wiederparaphrasieren.

Muster als Gotteslästerer.

Auch diejenigen, für welche es den Begriff „Gotteslästerung“ nicht mehr geben kann, weil sie den Glauben an die Existenz eines persönlichen Gottes überwinden haben, müssen sich angewidert fühlen durch das Verhalten der Mörder, die bei jeder Gelegenheit „Gottes Ringer“ heißen. So hat auf der in München in Berlin abgehaltenen Kreisversammlung des „Vereins der Ringer Gottes“ gesprochen der Herr Ummetter, das von mehreren Bänden die Berliner Keller und Straßen unter Wasser setzen, in Barmen hat, gleichfalls auf der Kreisversammlung, ein Superintendent in dem Theaterbrand in Barmen zwar ein Unglück für die Beteiligten, aber auch einen ausgeübten Gottesringer für unsere Stadt erblickt.

Eine solche Verurteilung von Ereignissen, die entweder als meteorologische Vorformung unermesslich sind, wie die Ummetter, oder durch größere Vorfälle vermittelbar sind, wie Theaterbrände, ist im wahren Sinne eine Verhöhnung des Wortes der Kirche gelehrt Gottes. Denn dieser Gott müßte doch auch allgericht sein, weil ihm sonst eine Vollkommenheit fehle und ein Gott in allen Dingen absolut vollkommen sein müßte. Mit der Berechtigung wäre es nun nicht zu vereinbaren, wenn Unschuldigen ein Uebel zugefügt wird, um die Schuldigen zu warnen. Das liegt jedoch in der lächerlichen Worte vom „Ringer Gottes“, wie sie in der oben angeführten Fülle gelehrt sind. In etwa auch der Ausdruck des Wortes „Ringer Gottes“ ein „Ringer Gottes“? Wählan! Dem konnte man hinweisen auf die, welche in und vor der Kathedrale zu St. Peter erriet sind, als sie zu ihrem Gott fliehen, er müge sie erretten. Wenn in früheren Jahrhunderten die Menschen mit dem Himmel aus dem „Ringer Gottes“ eingeschüchelt wurden, so entweder das dem niedrigen Stande der damaligen naturwissenschaftlichen Erkenntnis. Wenn aber heute dazwischen verläuft, so macht das einen widerlichen Eindruck selbst auf die, welche überhaupt nicht mehr an das Dasein eines Gottes glauben.

Strümpfen der Gesellschaft.

Unlängst mußte der Landrat von Hainroth bekannt geben, daß zahlreiche Personen mit einem Jahresentommen von mehr als 8000 M. den Staat dadurch betrügen, daß sie ihr Einkommen viel zu niedrig angeben. In Dattungen (Westfalen) fand vor kurzen ein verdächtigender Vektor vor Gericht unter der Auflage, seit 1897 noch Warnung unwarer Angaben über sein verheerbares Vermögen gemacht und sie erwidert erhalten zu haben. Mit Rücksicht darauf, daß der verheerungsmäßig sehr wohlhabende Mann lediglich aus Geld geschwätzt hatte, verhängte das Gericht über ihn die höchste zulässige Strafe, den zehnfachen Betrag der unterlassenen Steuer: 170 Mark oder 29 Tage Haft. Das Untersuchungsamt aber an der Verhandlung war, daß der Anwaltstand den als Zeugen fungierenden Steuersekretär unter anderem fragte: „Ist Ihnen nicht bekannt, oder anders gesagt: Sind Sie nicht der Ueberzeugung, daß auch in unsemr Kreise vielfach falsche Angaben über die Höhe des steuerbaren Einkommens gemacht werden?“ Hierauf entgegnete der Zeuge: Unzulängliche Fälle; es werden vielfach falsche Angaben gemacht, aber ich weiß nicht, ob das wesentlich geschieht.“ Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bremer: „Handelt es sich dabei in erster Linie um die höheren Einkommen?“ Zeuge: „Ja wohl; aber wir haben keine Handhabung, dahinter zu greifen.“

Der „unglückliche Zufall“.

Wer sich der zahlreichen Gerichtsverhandlungen erinnert, die gegen Arbeiter stattgefunden sind in denen die Staatsanwaltschaft mit einem Blick die letzten Monate zum Monate zusammengefaßt und zu einer hohen Strafe aufgeführt haben, der wird mit eigenartigen Gefühlen folgendes lesen: Während des Wahlkampfes im Kreise Hainroth-Berleben waren mehrere sozialdemokratische Ringblätter gründlich mißhandelt worden. Einer der agrarischen Beiliegenden hatte sich vorigen Freitag in Hainrothburg vor dem Schöffengericht zu verantworten. Es war der Gutbesitzer August Venke aus Mühlrad, ein 51-jähriger, großer hünenhaft gebauter Mann. Er hat am 16. Dezember zwei unserer Genossen freundlich in seine Stube gerufen. Somit die Thüre geschlossen war, hat er sie angeblickt, ob sie nicht wüßten, das Sonntagbrüder ist, und hat dann sofort auf den Schreier fort mit einer schweren eisernen Kettenschloß eingeschlagen. Rinf erriet hart hinter die Verriegelungen an den beiden schlüssend vorgelassenen Armen, obwohl die Thüre durch den Ueberbleibsel geöffnet wurde. Der Ankläger erklärte, er habe mit seiner Frau zusammen geschrien, die aus der Thüre vorlief, als unsere Genossen ihm Gewalt betrogen. Er ist entsetzt gewesen, daß am Sonntag sozialdemokratische Schriften verteilt wurden. Er betritt fortwährend, geschlagen zu haben und behauptete, er habe mit der Dien-

stalt nur gedroht und dabei habe sich Rinf wohl etwas geirrt.“ Demgegenüber bekundeten unsere beiden Genossen, daß Venke, nachdem er sie ins Haus gelockt, das sie gar nicht betreten wollten, in der brutalsten Weise angegriffen habe. Der Vertreter der Anklage führte aus, die beiden Flugblattverleiher hätten versucht, den Venke durch Ueberreichung eines Blattes für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Es sei begreiflich, daß der Ankläger erriet wurde und von seinem Hausrecht Gebrauch machte. Dabei sei er allerdings etwas zu weit gegangen. Doch er der Vorfall hatte zu verleben, sei wohl nicht fesselhaft. Rinf sei infolge eines unglücklichen Zufalls verletzt worden. Eine Gelehrte von 30 Mark sei ein aus reichende Summe. Bei der Urteilsverhandlung führte der Vorsitzende aus, es sei festgestellt worden, daß Venke die beiden sozialdemokratischen Flugblattverleiher ruhig aufsuchte, ins Haus zu kommen. Dort habe er ohne jede Veranlassung losgebrüllt und mit der Dienkette geschlagen, wodurch dem Rinf an beiden Armen Wunden beibrachte wurden. In seinem Verhalten habe eine gewisse Hinterlist gelegen. Da er sich aber über die Störung der Sonntagbrüder geirrt habe und beim Verleben in der Thüre geföhrt wurde, seien ihm mildernde Umstände zuzubilligen. Die Strafe wurde auf 100 Mark festgesetzt.

Der Schutz der persönlichen Freiheit.

Aus Kiel wird ein Vorkommen berichtet, das an Ungehörlichkeit seinesgleichen sucht. Die Kieler N. N. schreiben darüber:

Eines Nachts kam ein Schuhmann, ein erst seit kurzen angestellter Beamter, durch die Schloßstraße, wo bei einer Kreuzung ein junges Mädchen in Gesellschaft mit zwei Obermännern der Marine harrte. Als das junge Mädchen sich ins Haus begeben hatte, glaubte der Schuhmann zu hören, wie der eine Obermaat zum andern sagte: „Wißt Du mit hinaus, oder soll ich mit hinaus?“ Dies genügte dem Beamten, um dem Mädchen nachzugehen, es wegen Verdachts der Unzucht für verhaftet zu erklären und nach dem Polizeigebäude in der Wilhelmstrasse zu bringen. Das auf äußerste erdrossene junge Mädchen, welches aus guter auswärtiger Familie stammt und zur Ausbildung in der Buchführung in Kiel weilte, mußte die Nacht im Gefängnis verleben. Alle Prozesse blieben unbedeutend. Am nächsten Vormittag, es war ein Sonntag, wurde die Verhaftete mit dem Gefangenentransportwagen zum Polizeikommissariat am Markendamm geführt und oberflächlich vernommen. Da ein Arzt zur Untersuchung der der Unzucht Verdächtigten nicht zur Stelle war, wurde sie wieder nach dem Polizeigebäude transportiert, wo sie bis zum Montag vormittag verbleiben mußte. Dann holte der Transportwagen sie wieder nach dem Polizeikommissariat, wo sie durch einen Schuhmann der Sittenpolizei nach der Strafe zum Schubföhrer wurde, wobei Polizeiarzt zur Untersuchung der Prostituierten weilte. Das junge Mädchen wurde untersucht; der Arzt stellte fest, daß es noch völlig unbeschädigt und unbeschädigt war. Rinf erriet wurde das unglückliche Geschick, welches während der ganzen Zeit der Verhaftung weinend in der Zelle geendet hatte, ohne Speise und Trank anzunehmen, entlassen. Selbstverständlich hat das junge Mädchen, um das ihr Widerfahren nicht zur weiteren Kenntnis und namentlich nicht zur Kenntnis der Eltern kommen zu lassen, Stillschweigen beobachtet, und man hat auch nichts gehört, das gegen den Schuhmann wegen Freiheitsberaubung, die doch unzweifelhaft vorliegt, eingeschritten wäre.

Wandte Richter halten die Schöpfung unmöglich für richtig. Wir sehen darüber nicht ein, was daran Unmögliches sein soll.

Ueberall bedroht.

Das starke Deutsche Reich scheint überall bedroht zu sein. Wie im Norden gegen die Handvoll Dänen mit allen Gemaltnahregeln vorgegangen wird, im Osten gegen die Polen, im Südwesten gegen die Franzosen, so hat sich jetzt in Dresden ein Komitee gegründet „zum Schutze der deutschen Südböhmen“. Das Komitee will dem Ueberhandnehmen des tschechischen und slawischen Einflusses entgegenzutreten. — Wenn Deutschland wirklich von allen Seiten so schwer bedroht ist, wäre es doch wohl zweckmäßiger, alle weltpolitischen Abenteuer einzuweisen noch an den Nagel zu hängen und erst Deutschland in Deutschland sicher zu stellen.

Neuen und Preußen.

Am 28. Mai wird Fürst Heinrich von Reuß a. A. seinen 70. Geburtstag begehen und dabei eine allgemeine Amnestie für Vergehen und Uebertretungen erlassen. Die Amnestie soll sich auf beide reichliche Länder erstrecken. Mancher im Gefängnis Sitzende wird bedauern, daß das Neuenland nicht so groß ist wie das Preußenland.

Diplomatische Ehrlichkeit.

Der Deutsche Burenhilfsbund veröffentlicht einen Protest gegen das von der englischen Regierung erlassene Verbot der Abführung einer deutschen Anstellung in das Burenland. Das deutsche Gesandtschaftsamt wird, weil auch eine gleiche holländische Eingabe abgelehnt worden ist, jetzt ein gleiches nun nun bekannt, daß das holländische Gesandtschaftsamt die Begründung abgelehnt worden ist, auch das deutsche Gesandtschaftsamt müssen abgelehnt werden.

Das staatsfeindliche Scheunenthor. Ein Hofbesitzer bei Saerbeck in Nordböhmen hatte ein Scheunenthor weiß angetrichen und die Grenzlinie deselben rot. Das geschah just zu der Zeit, als der Dänenkönig seinen Geburtstag feierte. Der Amtsvorsteher erbielte darin eine polnische Demonstration, verlor die Verurteilung des Antrichts in den dänischen Farben und ließ, als seine Forderung unbedeutend blieb, die rote Farbe schwarz überstreichen. Mit diesem schwarz weichen Antricht war der Hofbesitzer nicht zufrieden, das Oberverwaltungsgericht aber was keine Beschwerde zurück. Auch im Scheunenthor kommt also die politische Befugnis zum Ausdruck.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Nürnberg der Tagelöhner Siegel zu 4 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in der Trunkenheit auf „Kaiser, Kaiser, Kaiser, Kaiser und König“ geschimpft.

Anstand.

Deutsch. Alideutsche Familiengeheimnisse. Dem P. L. wird aus Wien gemeldet: Der alldeutsche Abgeordnete Dr. Scholl veröffentlichte in den „Wagnitzagen“ eine Brochüre, worin nach einer nachmaligen ausführlichen Darlegung der Mitate Seid folgende Beschuldigungen gegen Wolf erhoben werden: Nach einem Festband zu einem Bismarck habe Wolf in einem öffentlichen Kofale eine Gegenmeinung erregende unangenehme Bemerkung gemacht. Er habe von einem Genesungsgeheimnis zur Begründung und zur Veranschaulichung Handhabung doch veräußert. Er habe zur Durchführung oberflächlicher Parteigeschäften unrichtige Klängeverbreitungsvorgänge. Er habe von dem Führer jener Partei, die von der Alideutschen in Böhmen bekämpft wird, aufdringlich Geld erbeten. Er sei be-

reit gewesen, sein Blatt in den Dienst der russischen Regierung zu stellen. Er habe Bauschulmann von jüdischen Werten erbetelt. Er habe sich von einem Ministerium „bauschulieren“ lassen wollen. Er habe persönlich vom Bundesrat Geld bezogen. Er habe endlich zu einem liberalen Abgeordneten gesagt, er warte nur gewisse Ereignisse ab, um das „alideutsche Varratengeld“ abzulegen.

Der Entwurf eines neuen Pressegesetzes hat nach dem Dresd. N. Nachr. Ministerpräsident von Höcker im letzten Ministerium vorgelegt. Der Entwurf hat eine unvollständige Reform auf dem ganzen Gebiete der Pressegesetzgebung zum Zweck. Das sog. obere Verordnungsamt soll abgeschafft und die Vorlage freigegeben werden. Ehrenbeleidigungen, die durch die Presse begangen werden, sollen der Jurisdiktion der Schlichtergerichte entzogen und den Bezirksgerichten zugewiesen werden. Die Regierung beabsichtigt, den Gesetzen für dessen Ueberreichung den journalistischen und schriftstellerischen Korporationen zur Begutachtung vorzulegen. Das Gesetz wird demzufolge erst in der Herbstsession des Reichsrats zur Vorlage gelangen.

Die Erklärung wird zu lehren, was diese Reform zu gunsten der Pressefreiheit leisten wird.

Italien. Straßenkrawalle um zwei Straßennamen. Die organisierten Katholiken in Livorno veranfaßten anlässlich der Umnänderung der Namen zweier Straßen, die bisher Heiligen gewidmet waren, in die Namen Galileo Galilei und Giordano Brunos eine stürmische Enttäuschungsgebung. Die Liberalen antworteten mit Gegen-demonstrationen, und es kam schließlich zu Schlägereien, wobei verschiedene Demonstranten verletzt wurden. Eine Anzahl Personen wurden verhaftet.

Die Korruption in Süditalien. Die zweite Untersuchung des Senators Cardo über das Treiben der Camorra in Neapel ist dieser Tage veröffentlicht worden. Danach herrschte in der Provinzialverwaltung eine ungläubliche Mißwirtschaft, deren Seele der bekannte vor Jahresfrist verorbene Herzog von San Donato war. Der Herzog, so heißt es im Bericht, öfnete der tollsten Korruption Thür und Thor. Er nahm öffentlich und als sein gutes Recht Geschenke und Bestechungsgelder von Unternehmern und Beamten an und ließ die Provinzialverwaltung in unerhörter Weise ausbeuten.

Spanien. Das übliche anarchische „Attentat“ hat auch bei den Krönungsfeierlichkeiten Alfons XIII. nicht gefehlt. Die Sensationslust der bürgerlichen Presse hat die allbekanntesten und immer wieder aufgetauchten Schauermerkmale in die Welt gesetzt, und der Spiegel hat sie mit feinem Grinsen geleitet.

Es wurde von einem großen anarchischen Komplott berichtet, eine Menge Dynamitbomben sollten bei den Attentaten gefunden werden sein — und in Wahrheit hatte nur ein armer Wahnsinniger seinen Hut in die Luft geworfen. Bei seiner Verhaftung fand man keine Waffe bei ihm, wohl aber — ein Verlesedicht an eine Prinzessin!

Serbien. Die Bildung eines Ministeriums macht dem brauen Alexander rechte Schwierigkeiten. Schon mehrmals sind Vorschläge zur Kabinetsbildung gescheitert. Jetzt ist wieder eine Knie aufgeleitet, die aus vier Kadetten, drei Fortschrittlichen und einem Neutralen besteht.

Rußland. Terrorismus gegen Terrorismus. Als der Gouverneur von Wilna, Generalleutnant Wohl, in der Nacht vom 18. Mai gegen 12 Uhr den Firtis verließ, feuerte ein Mann, der sich dem Gouverneur von rückwärts näherte, 2 Revolverkugeln auf den Gouverneur ab, welcher an der linken Hand und dem rechten Fuß verletzt wurde. Der Verbrecher wurde von der Polizei mit Hilfe des Publikums festgenommen. Als er am Boden lag, feuerte er einen dritten Schuß ab. Der Verhaftete nennt sich Firtis-Lefter.

Der Gouverneur von Wilna hat sich durch seine Brutalitäten gegen Studenten und Demonstrierende Arbeiter eine traurige Bekanntheit geschaffen. Das Attentat wird wohl ein Akt der gerechtfertigten Vergeltung sein.

Nach neueren Nachrichten aus Petersburg ist der Generalleutnant v. Wohl das Opfer des revolutionären Zentralkomitees geworden, welches ihn wegen seiner Geringschätzung gegenüber Revolutionen, die wegen politischer Delikte verurteilt wurden, zum Tode verurteilte. v. Wohl hat schon vor 14 Tagen dem Zentralkomitee einen Brief erhalten, worin ihm das Todesurteil angekündigt wurde. Einen ähnlichen Brief hat auch bereits der neue Minister des Innern von Plehwe erhalten.

Der Attentat wird vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Agitation gegen das Kautzenregiment in Finnland. Die Finlandska Goleta veröffentlicht einen Tagesbefehl des Generalgouverneurs Bobrlov an die Truppen des finnischen Militärbezirks, wonach vor den hiesigen russischen Einwohnern gedruckte Blätter verteilt werden, in denen ein ungenannter Verfasser die Truppen auffordert, der Obrigkeit nicht zu gehorchen. Der Tagesbefehl enthält ferner Anordnungen zur Festnahme der Agitatoren.

Amerika. Ein Feindschaftskrieg hat dieser Tage in New-York stattgefunden. Gegen 500 Frauen des jüdischen, italienischen und schinesischen Viertels führten infolge Erhöhung der Fleischpreise die Schlächtereiden. Es wurde alles demoliert und das Fleisch mit Petroleum begossen, so daß die Polizei eingreifen mußte. Die Schuld an den Preissteigerungen wird dem Beitritt zugeschrieben, der Generalanwalt der Vereinigten Staaten hat eine Untersuchung gegen denselben eingeleitet.

Der Krieg in Südafrika.

Ueber die Friedenskonferenz der Burenvertreter in Vereeniging werden feinerlei Meldungen von der englischen Zeitung durchgelassen. Alle Gerüchte beruhen auf Grundlos.

Ueber die Schärfe des Zensurverfahrens in Südafrika gibt ein Telegramm aus Kapstadt an die Times Aufschluß. Danach ist durch Armeebefehl verboten worden, irgend welche Nachrichten, die direkt oder indirekt mit dem Krieg zusammenhängen, nach Europa gelangen zu lassen. Nur die von der englischen Kapregierung dazu ermächtigten Personen haben dies Recht, doch sind auch ihre Depeschen noch der Zensur unterworfen. Das Kriegsamt hat den englischen Agenten in New-Orleans (Amerika) Befehl gegeben, den Ankauf von Pferden und Maultieren für Südafrika einzustellen. Man schließt hieraus, daß die Regierung Anlaß hat, an eine baldige Beendigung des Krieges zu glauben.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Einem Mächtigstrog hat außer Halle auch Solingen. In der Definition des Wortes „Zug“ ist die Polizei überall unklar erkrankt. — Die Solinger, Schlager, Waider und Grotzinger Genossen hatten die Verurteilung getroffen, sich am 1. Mai an bestimmten Punkten zu treffen, um sich gemeinsam, aber in unangeworbener Weise zum Hauptmannpunkt zu begeben. Von Wald aus bewegten sich die eingetroffenen Waffenträger in ebenfalls losem Zuge zum Aitzthal. Dieser Zug ist von der Behörde als behördlich nicht genehmigter „Demonstrationszug“ aufgefaßt worden, durch den die waldigen Städte des

überen Kreises Sollingen leicht in Gefahr gebracht sein dürften. Man bedachte eine Anzahl von Genossen mit Strafmaßnahmen in Höhe von 5-15 Mk. oder entsprechender Haft. Bis jetzt läßt sich noch nichts berichten, wie viel Genossen mit dergleichen Mandaten beehrt worden sind. Doch so viel läßt sich, daß in der Befristung der Strafen nicht besonders genau verfahren worden ist, denn sonst würde man z. B. den Genossen Strang, der an dem Spionagegang gar nicht teilgenommen hat, nicht mit einem Strafmandat beehrt haben. Wegen die Strafbescheide wird gerichtlich Einspruch erhoben werden.

Parteianalysen.

— Deutsche Organisation. Wie unter Königsberger Parteitag bekannt, soll von Seiten des Stadtratsordnungs-Kollegiums ein für die Reichsstadt Straßburg über unsere Genossen im Königsberger Stadtparlament abgehalten werden. Als nämlich in einer früheren Sitzung der Antrag auf Verurteilung der Reichsstadt Straßburg abgelehnt worden sollte, versuchten sie den Saal und führten dadurch die Beschäftigungsfähigkeit herbei. Es wurde ihnen nach einem alten Reglement für dies Verbrechen 1.50 Mark Strafe auferlegt. Und da sie die Zahlung verweigerten, sollen sie noch drei vom hohen Kollegium verdonnert werden. — Die Sitzung dürfte interessant werden.

— Parteiverhältnisse. Außer dem Genossen Paulsen scheidet am 1. Juli aus der Redaktion der *Südwestische Zeitung* auch der Genosse Hildebrand aus. Er wird noch die Unterhaltungsbeilage der *Tagwacht* und das *Wochenblatt der Volksfreund* redigieren, daneben aber sich seine Kräfte durch Gründung eines *Westfälischen* freier. Als Ersatz für Hildebrand tritt der Genosse Heu ein.

— Meinen Mitarbeiter. Der Reichstagskandidat Dr. 5. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise kündigt der *Gen. Wöste* an. Ein Vungenießer nötig ist zu diesem Schritte.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Schlichter-Gesellschaften beschäftigen zum Herbst in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie verlangen eine 30 bis 40 prozentige Arbeitserhöhung.

Unternehmensverhältnisse. Der Verein der Kupfer- und Eisen-Deutschen fordert in einem vom 10. d. M. datierten Zirkular seine Mitglieder auf, acht näher bezeichnete Kupfer- und Eisenwerke, die wegen der Wasserkrise der Firma Gellert & Osterhoff, Kiel, in Differenzen geraten, nicht einzustellen, dagegen aber genannte Firma durch Zuweisung von Arbeitskräften zu unterstützen.

Ein Jahrbuch der deutschen Gewerkschaften zu schaffen, das in vierteljährlichen Publikationen als notwendig gewordene Ergänzung neben dem *Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands* stehen soll, wird von der Redaktion des letzteren Blattes angeregt. Es soll in drei Teile, den allgemeinen Teil, den fachlichen Teil und den Abteilungs-Teil, die drei Abteilungen des Reichsverbandes einfließen und ein besonderes erweitertes Bericht der Generalversammlung, eine wertvolle gute Statistik der Streiks im In- und Auslande, eine solche aller Gewerkschaften, der Kartelle, der Arbeitersekretariate, der Lohn-, Arbeitslosigkeit, sowie Gewerbebetriebsverhältnisse und andere sozialpolitisch-wirtschaftliche Angaben, verbunden mit Überichten über die Arbeiterbewegung der Erde, Wirtschaftslage, Arbeitsmarkt, Arbeitsvergebung, Arbeiterrecht z. bringen. Der Plan war mit 7500 M. jährlich auszuführen und wird jeden zur Diskussion gebracht.

Ausland.

Italien. 10000 Landarbeiter der Provinz Mailand sind in den Streik getreten.

Amerika. Der große Bergarbeiterstreik. Mittels der *Reichszeitung* des Bergarbeiterverbandes hofft, daß gegen 440 000 Mann an Streik teilnehmen werden. Die Arbeiter an Kohle sind nur von geringem Umfang, so daß schon nach etlichen Tagen Mangel eingetreten ist. Die Unternehmer sind ebenfalls nicht nachzugeben; man befürchtet daher, daß der Streik von langer Dauer sein werde, doch es der Unangenehm und folgenschwerste Streik wird, den die Vereinigten Staaten jemals gesehen.

Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes.

Am Freitagmontag referierte *Sachsens-Bund* eingehend über das *Reichsberggesetz*, dessen Vorlegung bekanntlich vom Reichstag vor zwei Jahren mit großer Mehrheit beschlossen worden ist, ohne daß die Reichsregierung dem Beschluß Folge gegeben hat. Einstimmige Annahme fand nachstehende Resolution:

„Die am 19. Mai er. in Essen tagende Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter appelliert aufs neue an den Willkürherrscher der gegebenen Verhältnisse des Reiches, den hohen Bundesrat und Reichstag und ersucht dringend, endlich eine rechtsdienliche Regelung des Bergarbeiterwesens baldigst herbeizuführen.“

Das Verhalten der Einzelstaaten, Preußen, Sachsen, Bayern u. i. w. gegenüber den Bergarbeiterpetitionen beweist aufs neue, daß sich das eine Land auf das andere verläßt, und daß diese Landesparlamente selbst in mandanten Verhältnisse verlangen. (Siehe Nr. 146 *Reichszeitung* der sächsischen ersten Kammer, Seite 26.)

Da in Bezug auf Länge der Schichtzeit die Nachbarländer, Dänemark, Frankreich, England und sogar Belgien uns voraus sind, so liegt für Deutschland um so mehr Grund vor, endlich den alten Schiedsrichtern abzutreten und einseitig auf dem Wege der Reichsgesetzgebung den andern zu folgen. — Sodann folgt in der Resolution Aufzählung der bekannten Forderungen: Regelung der Schichtdauer, Verbesserung der Grubeninspektion, Reform des Anwartschaftswesens und des Strafverfahrens sowie der Beschäftigungen, ferner endlich gesetzliche Bestimmungen über Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Weibern in der Grube.

Der Vorsitzende Schröder nimmt sodann Bezug auf eine Note des Wolffschen Telegraphenbureaus betr. die Generalversammlung, und weist unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Unterfertigung, es habe eine geheime Sitzung stattgefunden, entziehen zurück. Die nächste Sitzung habe bei offener Tür stattgefunden, es sei eine gesetzliche Vorbereitungsversammlung gewesen. (Der Vertreter des B. Bureaus sagt Verhöhnung zu.) Zur Annahme gelangen u. a. nach folgende Anträge: 1. Die Gewerkschaften-Unterstützung wird 6 Wochen lang ausgesetzt und zwar 12 Mk. pro Woche, für jedes Kind 5 Pf. pro Woche.

Für den Streiklohn sind auch freiwillig zu stehende 10 Pf. Marken auszugeben.

Der Vorstand wird von dieser Generalversammlung beauftragt, der Generalversammlung 1903 eine Vorlage zur Einführung eines Arbeitslohnunterstützung für unsere Mitglieder zu unterbreiten.

Wieder verlor die Mehrheit gegen ihren Mitgliedschaft zum Verbande von der Kirchenbehörde zurückgelegt, an einem besonderen Begräbnisplatz begraben, so hat der Verband im Besonderen den öffentlichen Begräbnisplatz zu erweitern. Mittags sehr Geduld einer Revolutionsfeier für die Verbandsbeamten werden für die nächste Generalversammlung zurückgestellt. Die jähren vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab folgende Resultat: *Sachs*, *1. Vorsitzender* (Neuwahl), *Schröder*, *2. Vorsitzender*, *Weiler*, *Kassierer* (Neuwahl), *Sue* und *Leimpeters* werden als Redakteure wiedergewählt. Als Ort der nächsten Generalversammlung wird *Zwickau* bestimmt.

Nach einem Referat über die Verstaatlichung der Kohlengruben (i. Veltariff) werden die Verhandlungen mit einem dreifachen Loch auf den Verband geschlossen.

Dreizehnter Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauer und Berufsgenossen.

Der Verbandstag verhandelte am 4. bis 8. Mai im Saale des *Hannoverschen Gesellschaftshauses* zu Hamburg. Anwesend waren 54 Delegierte.

Dem gebürtigen vorliegenden Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes, der die Zeit vom 1. April 1900 bis 31. März 1902 umfaßt, entnehmen wir folgendes: Die letzte Delegiertenversammlung war ruhiger als die vorhergehende. Die letzten zwei Jahre waren daher auch mehr dem inneren Ausbau der Organisation gewidmet. Von den Bewegungen im Jahre 1900 waren 56 von Erfolg, 9 ohne Erfolg. Im Jahre 1901 bis 1. April 1902 waren 41 Lohnbewegungen von Erfolg, 5 ohne Erfolg. Von 97 Orten hat die Delegierten Versammlungen geführt, 71 Zahl der betraugten Mitglieder ist vom 1. April 1900 bis zum 1. April 1902 von rund 10000 auf 18326 gestiegen.

Der Verbandsvorstand hat eine eingehende Erläuterung des ersten Teiles des Geschäftsberichts. In diesen Bericht enthält sich eine lebhaftes Debatte, wobei sämtliche Delegierte anerkannten, daß der Verbandsvorstand über seine Kräfte hinaus in Anspruch genommen worden ist, so daß er entlastet werden müsse. Die Gauenverteilung habe sich bewährt, müsse aber ausgetastet werden; der größte Teil der Agitationsarbeit könne von den Hauptvorständen gethan werden. In seinem Schlußwort ging der Verbandsvorstand auf alle Einwände ein, worauf der Referent erklärte, daß die Netto-Ginnahme betrug in den letzten zwei Jahren 295 540,55 Mark, die Netto-Ausgabe 227 271,38 Mk., so daß eine Mehrerinnahme von 68 269,17 Mk. zu verzeichnen ist. Hierzu kommen die Bestände am Schluß des Jahres 1900 im Betrage von 19 088,14 Mk.; mit betrag im Vergleich mit dem Vorjahre 1900 67 257,31 Mark, davon in der Hauptkasse 81 098,79 Mk. und im Internationalen Unterstützungsfonds 6160,52 Mk.

An Unterstützungen zahlte der Verband in den letzten zwei Jahren 11 281,21 Mk., davon Kronenunterstützung 37 081,27 Mark, Arbeitslosenunterstützung 36 073,85 Mk., Unterstufung an gemeinnützige Kollegen 9028 Mk., Unkosten 1741,70 Mk., Mehrschicht 3808,10 Mk., Streifenunterstützung im eigenen Verband 19 435,95 Mk., an andere Verbände 3450 Mk., Unterstützungen in außerordentlichen Fällen 2244,25 Mk.

Der Hauptreferent *Kagerl* bemerkte hierzu, daß die Erledigung der Massenangelegenheiten viel Zeit in Anspruch nehme. Der letzte Verbandstag habe den Beschluß gefaßt, den Streiklohn auf den Hauptfonds zu übertragen. Der Internationale Unterstützungsfonds existiere noch, doch wäre es zweckmäßig, mit diesem Fonds ebenfalls auszuräumen. Die internationale Solidarität könne auch ohne diesen Fonds beibehalten werden, indem man Unterstützungen aus der Verbandskasse bewillige. In den letzten Verhandlungen seien wohl Überwärtige erwidert worden, doch referierten diese aus der beschlossenen Betragserhöhung. Die Unterstützungs-Einrichtungen erforderten bedeutende Summen, wie aus der Abrechnung ersichtlich sei. Wenn die Mitglieder diese Institutionen mehr ausgenutzt hätten, dann hätten wir den Bankrott. Er habe damals Bedenken gegen die Institutionen gehabt, denn er habe sich vor Augen gehalten, daß der Verband in erster Linie eine Kampfsorganisation sein müsse. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet.

Redakteur *Kriegs*, Hannover gab den Bericht über die Presse, *Mittler*, Berlin den Bericht des Ausschusses, *Brand*, Bamberg den Bericht der Pressekommision, an den sich eine längere Debatte knüpfte. Darauf berichtet *Wittich*, Braunschweig über die Tätigkeit der Reichsjustiz-Kommission.

Ueber den Punkt: „Gründung eines Lebensmittelindustrie-Verbandes“ referierte *Leitner*, Nürnberg. Er beantwortete die Gründung eines solchen Verbandes, während sich der Referent *Schäfer* in *Vertrag* dagegen aussprach. Die längere Diskussion wurde beschlossen. Der Delegiertenrat kommt nach eingehender Beratung zu dem Beschluß, daß die Zusammenlegung aller in der Nahrungsmittelebranche befindlichen Organisationen zu einem Ganzen zur Zeit noch nicht möglich und undurchführbar sei. Damit waren alle anderen hierzu gestellten Anträge erledigt.

Kaplow, S. mburg referierte über die Aufgaben des bevorstehenden Gewerkschafts-Kongresses. Daran schloß sich eine längere Debatte. Schließlich wurde eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution einstimmig angenommen.

Bei der Statutenänderung wurde beschlossen, den Namen des Verbandes zu ändern in: „Zentralverband deutscher Brauer- und Berufsgenossen“. Von den ferneren Beschlüssen sind zu nennen:

Mitglieder können alle in den Brauereien und verwandten Betrieben gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen werden, sofern sie sich den Bestimmungen dieses Statutes unterwerfen. Wenn es das Verbandsinteresse erfordert, kann der Hauptvorstand auch Nicht-Berufsgenossen und solchen Berufsgenossen, welche nicht mehr in den in Ab 1 bezeichneten Betrieben beschäftigt sind, den Beitritt gestatten. Die Aufnahmegebühr soll wie bisher 1 Mk. für männliche, 50 Pf. für weibliche Personen betragen. Bei Wiederaufnahme muß die doppelte Gebühr gezahlt werden.

Der Beitrag beträgt wie bisher wöchentlich 90 Pf. für männliche, 15 Pf. für weibliche Mitglieder. Die Reichsjustiz-Kommission wird aufgehoben und ihre Geschäfte werden dem Hauptvorstand übertragen. — Mit 28 gegen 22 Stimmen wurde im Prinzip die Anstellung von beurlaubten Hauptvorständen beschlossen. Der Hauptvorstand erhielt den Auftrag, eine Gauenverteilung vorzunehmen und dem nächsten Verbandstage eine dahingehende Vorlage zu unterbreiten.

Der Verbandstag beauftragte den Verbandsvorstand, bei den Vorständen des Transportarbeiter- und des Fabrikarbeiter-Verbandes zu beantragen, den Mitgliedern unseres Verbandes, welche aus den zu unserer Organisation zählenden Betrieben auswandern, in einem zu einem dieser Verbände zählenden Betriebe Arbeit zu suchen, bei Übertritt in einen dieser Verbände die vereinbarten Vergünstigungen bei der Aufnahme und der Unterstufung z. nach Maßgabe ihrer Unterstufungsberechtigungen zu gewähren, wie es im Zentralverband deutscher Brauer und Berufsgenossen gegenüber den aus jenen Verbänden in die Brauerei z. Betrieben in dem letzteren Verband eintretenden Mitgliedern üblich und statutarisch festgelegt ist.

Weiter beauftragte der Verbandstag den Verbandsvorstand, dahin zu wirken, daß mit dem Verbande der Brauer- und Berufsgenossen von Nordamerika die Gemeinheitsbedingungen insofern schärfer gefaßt werden, daß nur solche nach Amerika auswandernde Mitglieder europäischer Organisationen die Vergünstigungen als organisierte Arbeiter in amerikanischen Betrieben genießen, welche mindestens ein Jahr ihrer Organisation angehört haben und mit dem Beitragen nicht im Rückstande sind. Nur in besonderen Ausnahmefällen soll von dieser Regel abgesehen werden und entscheidet hierüber der zukünftige Verbandsvorstand.

Zum Punkt: Lohnbewegungen und Streiks wurde beschlossen, daß Lohnbewegungen sowie Arbeitslosenunterstützungen bei Differenzen und Manöverungen ohne Genehmigung des Hauptvorstandes nicht unternehmen werden dürfen. Die Streifenunterstützung soll in der Regel betragen: nach feststehender Wertigkeit der Arbeiterklasse bis 200 Pf. für Unterklasse, 150 Pf. für die mittlere Klasse, 100 Pf. für die obere Klasse. Im Verbandsbeschlußungen zu vermeiden, darf keine Zahlstellen irgendwelche Verpflichtung übernehmen, aus freiwilligen Leistungen der Mitglieder am Orte des Streikenden beizutragen, sondern nur die Unterstützung der Streikenden zu gewähren. Nach dringender Dauer des Streiks und sofern das Gute derselben nicht abzusehen ist, sollen die Unberührteten angewiesen werden, abzurufen oder anderweitig Arbeit zu suchen. Die abruhenden Mitglieder erhalten dann die ihnen zustehende statutenmäßige Arbeitslosen-Unterstützung unter Fortfall der dazugehörigen Wertigkeit. Desgleichen die nach dem Streik zurückkehrenden Mitglieder, die in der Zwischenzeit in fern und so lange sie nicht inwärtigen Arbeit erhalten haben. Die Aufhebung des Streiks erfolgt durch den Verbandsvorstand nach Vereinbarung mit der betreffenden Zahlstellen-Verwaltung; jedoch kann dieselbe auch entgegen der Ansicht der Zahlstellen-Verwaltung erfolgen, wenn nach den Umständen eine Weiterführung des Streiks unmöglich und schädlich für die Organisation ist.

Der Sitz des Hauptvorstandes bleibt in Hannover. Die Anstellung eines vierten Verbandsbeamten wurde beschlossen, sowie die Erhöhung der Gehälter der Verbandsbeamten von 1800 auf 2100 Mark. — Die drei bisherigen beurlaubten Beamten: *Weyer*, erster Vorsitzender, *Kagerl*, Kassierer, und *Kriegs*, Hauptreferent wurden einstimmig wiedergewählt. Die drei neuen vierten Beamten soll ausgeschrieben werden. Als Sitz des Ausschusses wurde Berlin, als Sitz der Pressekommision Hannover bestimmt und *Mittler*-Berlin zum Vorsitzenden des Ausschusses ernannt.

Referat wurde beschlossen: Der Verbandsvorstand möge veranlassen, daß in sämtlichen Gauen durch die Vorstände genaue Statistiken aufgenommen werden: a) in wie vielen Sonn- und gesetzlichen Feiertagen gearbeitet wird; b) wie viele Stunden und zu welcher Tages- oder Nachtzeit gearbeitet wird; c) welche Arbeiten verrichtet werden; d) ob die betreffenden Brauereien die ihnen technischen Einrichtungen besitzen, um die Sonn- und Feiertagsarbeit ausfallen zu lassen oder auf ein geringes Minimum beschränken zu können.

Der Hauptvorstand soll bis zum nächsten Verbandstag ein Reklamé zu einer Frankensundschau ausarbeiten.

Weiter beschloß der Verbandstag eine eingehend begründete Beschlüsse gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer und Lebensmittelpreise. Dann wurden noch folgende Anträge angenommen:

Der Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauer- und Berufsgenossen beantragt den Verbandsvorstand, nach im laufenden Jahre eine Revision des Statuts auszuarbeiten, zur Unterfertigung in mehreren Exemplaren zu versehen und an den Bundesrat gelangen zu lassen, welche 1) sich gegen die unzulässige weitgehende Anwendung der verwaltungsrechtlichen Befugnisse, Ausnahmen der Sonntagsruhe für Brauereien gemäß § 109a Abs. 1 der Gewerbeordnung zu gewähren, ferner der bairischen Regierung wendet und deren Abstellung, wenn nicht anders möglich, im Wege der präventiven Forderung des § 109a fordert; 2) um baldige Veranlassung statistischer Erhebungen über die tägliche Arbeitszeit, sowie über die Nachtarbeit und Sonntagsarbeit und über die schädlichen Wirkungen übermäßiger Arbeitsdauer in Brauereien, Malereien u. i. w. durch die arbeitsärztliche Abteilung des kaiserlichen Reichsgesundheitsamtes ersucht; 3) den Bundesrat ersucht, auf Grund des § 120a Abs. 3 der Gewerbeordnung die Dauer der täglichen Arbeitszeit und Pausen in Brauereien, Malereien u. i. w. im Verordnungswege derart zu stellen, daß als höchstzulässige Arbeitsdauer eine 10stündige Arbeitszeit, unterbrochen durch mindestens zweifelhafte Pausen, bei Nachtarbeit eine Gesamtdauer von 8 Stunden, unterbrochen durch mindestens zweifelhafte Pausen, festgelegt wird, und 4) den Bundesrat ersucht, eine einheitliche Regelung der Dauer der zugelassenen Sonntagsarbeiten mit der Beschränkung auf höchstens zwei Stunden ferner der verschiedenen Landes-Zentralverbänden herbeizuführen.

Der Verbandstag sprach zum Schluß der Bruderorganisation in Nordamerika in dem ihr aufgegebenen schmerzlichen Kampfe die volle Sympathie aus und wünschte ihr baldigen und vollständigen Sieg, desgl. auch dem Bruderverband in der Schweiz in dem gegen ausgetroffenen Kampfe.

Die Katastrophe in Westindien.

Eine Depesche aus Fort de France meldet, daß gestern ein Erdbeben auf die Stadt Corrain und den Bezirk Demarara niederging. Die 23 Kilometer in der Küstlinie vom Velegerge entfernte Stadt von Martinique gelegene Juchers-Jachtschiff *Bong-Sainte-Marie* liegt in Flammen. Die Stadt hat 10000 Einwohner.

Leitung aus Gießen.

157 M. eingegangen vom Gesellschaftsbüro im *Parteilokal* durch *V. Wagner*.

Erpfehlung des Arbeiter-Sekretariats zur *Wochenzeitung* vom 9. - 11. und 4. - 8 Uhr. Ausdrückliche Anfragen ist stets Briefmarken als Rückporto beizufügen.

Verantwortlicher Redakteur: *H. Weismann* in Halle.

Georg Meißner & Co.

Damen-Wäsche.

Extra billige Preise.

Costumes, Kragen.

Extra billige Preise.

Brüder

Meißner & Co., Gr. Ulrichstr. 23.

Ankunft und Abfahrt der Züge in Halle.

Abfahrt:

Richtung Thüringen.

3.24 R. - 5.45 S. - 7.50 S. 1-3. - 10.00 R. D. 1-2. - 10.26 R. S. - 10.32 - 10.48 S. S. 1-3
 11.22 R. S. 1-3. - 1.09 R. D. 1-2. - 1.16 R. - 2.10 R. - 4.00 R. S. 1-3. - 5.45 R. -
 7.30 R. [bis Wettstedt] - 7.50 R. S. 1-3. - 9.50 R. [fährt bis Köthen]. 2-3. - 10.55 R. -
 11.31 R. D. 1-2. - 11.46 R.

Richtung Berlin.

3.44 R. S. 1-3. - 4.45 R. D. 1-2. - 5.00 - 6.56 R. D. 1-2. - 7.03 R. - 9.06 R. S. 1-3. -
 11.00 R. - 2.10 R. - 2.46 R. D. 1-2. - 3.20 S. - 4.41 R. D. 1-2. - 5.38 R. S. 1-3. - 5.45 R. -
 6.44 R. S. 1-3. - 8.17 R. S. 1-3. - 8.50 R. [bis Wettstedt] - 9.28 R. D. 1-2. - 12.22 R.

Richtung Leipzig.

2.57 R. - 4.33 R. - 5.43 R. - 7.30 R. - 7.45 R. S. 1-3. - 8.30 R. S. 1-3. - 9.15 R. -
 10.22 R. - 10.48 R. S. 1-3. - 12.15 R. - 1.40 R. - 3.19 R. - 5.07 R. S. 1-3. - 5.35 R. -
 S. 1-3. - 6.30 R. - 7.16 R. - 8.42 R. - 9.23 R. - 10.30 S. 1-3. - 10.50 S. 1-3. - 11.10 R. S. 1-3. -
 12.00 R.

Richtung Magdeburg.

4.55 R. - 7.00 R. 1-3 - 10.00 R. - 10.57 R. S. 1-3. - 1.40 R. - 3.45 R. - 5.53 R. -
 7.14 R. S. 1-3. - 8.51 R. - 10.42 R. S. 1-3. - 12.22 R. [fährt bis Köthen].

Richtung Giesleben-Nordhausen-Kassel.

5.25 R. - 6.57 R. [fährt bis Zanerhausen]. - 7.00 R. - 9.10 R. - 11.02 R. S. 1-3. -
 12.15 R. [fährt bis Giesleben]. - 2.15 R. - 3.54 R. D. 1-2. - 4.02 R. 1-3. - 6.00 R. - 9.30 R. -
 [fährt bis Giesleben]. - 10.40 R. S. 1-3. - 11.31 R.

Richtung Wismarleben.

4.50 R. - 6.32 S. 1-3. - 7.55 - 11.32 - 1.41 R. S. 1-3. - 3.42 - 6.18 R. - 10.39 R. -
 [ab Kalberstadt Schmiedsuhl].

Richtung Zora-Guben.

7.45 R. S. 1-3. - 7.53 R. - 11.34 R. - 3.00 R. S. 1-3. - 6.25 R. - 11.25 R. [fährt
 bis Zorgau].

Richtung Wettstedt.

6.00 R. - 10.00 R. - 2.00 R. - 3.00 R. [bis Dölan; fährt nur Sonn- und Feiertags].
 6.30 - 7.30 - Anker vorübergehend fahren an Sonn- und Feiertagen nach Dölan noch folgende
 Züge: 2.30 R., 3.20 R., 4.10 R., 4.20 R., 6.00 R., 7.00 R., 8.00 R., 9.20 R.

Ankunft:

Richtung Thüringen.

3.40 R. S. 1-3 [von München über Reiz]. - 4.1 R. D. 1-2. - 5.38 R. [kommt von
 Merseburg]. - 6.34 R. [kommt von Erfurt]. - 6.52 R. D. 1-2 [von Stuttgart u. Weiland].
 9.2 R. S. 1-3. - 9.51 R. - 12.17 R. - 1.04 R. - 2.32 R. S. 1-3. - 4.39 R. D. 1-2 [von
 Witten über Jena]. - 5.05 R. - 5.23 R. S. 1-3. - 6.40 R. S. - 8.13 R. S. 1-3 [b. Münden
 u. Stuttgart]. - 8.34 R. - 9.21 R. D. 1-2. - 10.48 R. - 11.55 R.

Richtung Berlin.

3.19 R. - 4.37 R. - 7.38 R. [kommt von Wettstedt]. - 9.55 R. D. 1-2. - 10.15 R. -
 10.22 R. 1-3. - 10.44 S. 1-3. - 11.18 S. 1-3. - 1.05 R. D. 1-2. - 2.00 - 3.40 S. - 3.50 D. 1-2.
 - 5.19 - 7.32 R. S. 1-3. - 9.04 R. - 10.32 R. D. 1-2. - 11.18 R. - 11.27 D. 1-2.

Richtung Leipzig.

4.45 R. - 6.20 R. - 6.30 R. S. 1-3. - 6.50 S. 1-3. - 7.46 - 9.53 - 10.40 S. 1-3. - 10.55 R. S. 1-3.
 1.08 R. - 1.38 R. S. 1-3. - 3.37 R. - 4.28 R. - 5.30 R. - 6.53 R. [berfährt nur Wett-
 stedt]. - 7.10 R. S. 1-3. - 7.55 R. - 8.41 R. 1-3. - 9.41 R. - 10.24 R. - 10.40 R. S. 1-3.
 - 12.16 R.

Richtung Magdeburg.

2.45 R. - 6.40 R. [kommt von Köthen]. - 7.38 R. S. 1-3. - 8.27 R. S. 1-3. -
 9.48 R. - 10.39 R. S. 1-3. - 1.00 R. - 3.11 R. - 5.03 R. S. 1-3. - 7.00 R. -
 9.14 R. - 10.28 R. S. 1-3.

Richtung Nordhausen-Kassel-Giesleben.

6.45 R. - 7.20 R. S. 1-3. - 1.22 R. - 2.42 R. D. 1-2. - 2.55 R. S. 1-3. -
 4.36 R. - 5.23 R. - 7.32 R. - 8.04 R. S. 1-3. - 10.27 R. - 11.00 R. [Sonn- u. Feiertags]

Richtung Wismarleben.

5.37 R. [kommt von Könnern und berfährt nur Wettstedt]. - 7.19 R. [von Kalberstadt].
 - 10.13 R. - 12.41 R. - 4.57 R. - 5.32 R. S. 1-3. - 9.14 R. - 10.45 R. S. 1-3. - 11.38 R.

Richtung Zora-Guben.

6.36 R. [kommt von Zorgau]. - 10.16 R. - 1.02 R. S. 1-3. [Anschluss von Breslau, Wien].
 - 3.35 R. [kommt von Cottbus]. - 7.43 R. - 10.04 R. - 10.28 R. S. 1-3. [Anschluss von
 Breslau, Wien].

Richtung Wettstedt.

6.44 R. - 12.25 R. - 4.20 R. [von Dölan; fährt nur Sonn- und Feiertags]. - 5.21 R.
 7.20 R. - 9.05 R. Anker vorübergehend kommen an Sonn- und Feiertagen von Dölan noch
 folgende Züge: 2.50 R., 3.20 R., 3.50 R., 5.50 R., 6.20 R., 6.50 R., 7.50 R., 8.50 R., 10.10 R.

„Freie Sänger“ Seite feine
 Liebungshunde.

Konsumverein für Reideburg und Umgegend.

Sonabend den 21. Mai abends
 8 1/2 Uhr im Gasthof „Zur Nachtigall“
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Halbjahrs-
 bericht. 2. Anträge. (Dieletten müßten
 fünf Tage vorher beim Vorstand ein-
 gereicht sein.) 3. Geschäftliches. Ende
 der Statuten sein Amt niederzulegen
 hat, macht sich eine Neumahl erforderlich.
Der Vorstand: W. Löffel, H. Staunenpfeil.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Subert.
 16. Mai: Neues Programm.
5 Sisters Warwick, die reisenden
 afrikanischen Kunstreitfaherinnen.
Mr. Chassino, der beste Zirkus-
 künstler und unumwundener
 Direktor von Bagelmann. Größter
 der Schattenspiele mit den höchsten.
Brothers Alvarez, afrikanische
 Trapes-Conteuren. **Maritana**
u. Viktoria, gemischtes Kunst-
 potpourri a. d. elektr. Licht. **Anna**
Mr. Francis, Reiten-Jongleur.
Clowa Peppo mit seinen
 dressierten Affen, Hunden u. Mägen.
Ross Szentesy, internationale
 Konzertlänge. **James Hasch**
 Komiker und Charakteristiker im
 neuem bill. Repertoire. **American**
Bioscope, neu leb. Photographien.
 Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller am
 Niederplatz, Nähe Haupt-Bahnhof
Das neue Schlager-Programm.
Engliss u. Natalie Veldmann,
 großer komischer Duettkunst von
 18 Hunden und 1 Affen. Die
 Springhülle, ausgef. von russisch.
 Steppenbüden. **5 Schwestern**
Franklin, Praxerleistungen und
 Bismarck an den röm. Hingen. **Brothers**
Cabana, - - - - - - - - - -
a. d. Blafatäule. **Detawaldan**,
 vorzügliche Vortrags-Soubrette. **Seppi**
Ernsty, der Wüderer auf
 dem Drahtseil. **Martin Vallée**,
 Salonhumorist mit seinem Vortrags-
 Bismarck-Kalender in die Baum-
 blüte sich u. **Mlle. Titi**, Tropen-
 fänstlerin. **Agathe Vernon**,
 Voltuimoulette. **Dröses Velo-**
graph, neue Serie seiner prächt-
 lichen lebenden Photographien.
 Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Donnerstag Schlichte Feste.
Max Schatz, Zeitn. Badminton-S.
 Blättbretter Gr. Märkerstr. 23.

Mehrere Tausend

Reste

von reinwollenen und halbwollenen **Kleiderstoffen**,
Waschstoffen, **Seidenstoffen**, **Besatzstoffen**,
 ferner von **Kleidentuchen**, **Negligéstoffen**,
Bettendamasten, **Bettzeugen**, **Inleisstoffen**, **Flanellen**,
Barchenten, **Gardinen**, **Möbelstoffen**,
Spitzen, **Stickereien**, **Seidenband**, **Posamenten**
 etc. etc.

welche sich während dieser Frühjahrs-Saison angesammelt haben, sind mit den

allerbilligsten Restpreisen

deutlich versehen

zum Verkauf ausgelegt.

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Seite Donnerstag
Schlichte Feste.
Robert Ramm,
 Triftstr. 40.

Donnerstag
Schlichte Feste.
Joh. Fischer,
 Gr. Gosenstr. 19.

Reiterwagen mit
 Eisen-Räder, hart
 gearb., 3.50, 4.50,
 5, 6, 6.50, 7.50, 9,
 10, 10.12, 12 Rtl. Ganz
 harte Wagen, bis
 5 Jhr. trag. 12.50,
 15, 18, 22, 25,
 27 Rtl.

Sportwagen
 1- u. 2 Räder in allen
 Farben 5 Rtl. 7.50
 Hart, 10 Hart,
 12.50 Rtl. u. f. w.

Robert Plötz
 Leipzigerstr. 17.

Kursbücher.

Storck Preis 60 Rgr.
 Herrmanns „ 50
 Königs „ 50
 Ganz Halle „ 20

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
 Geißeustraße 21.

Soeben erschienen:
Wahrer Jato
 Nr. 11.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
 Geißeustraße 21.

Werkbüchlein über das Recht
 im gewerbl. Arbeitsvertrag.
 Preis 10 Rf.

Die Polizei in Preußen.
 Preis 75 Rf.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
 Geißeustraße 21.

Todes-Anzeige.
 Heute früh 7 1/2 Uhr starb nach kurzem
 aber schmeren Leiden unser lieber Sohn
Kurt
 im Alter von 6 Monaten.
 Die trauernden Hinterbliebenen
 Familie Albin Jäger nebst
 Angehörigen.
 Zangenberg den 20. Mai 1902.

Sozialdemok. Verein Hohenmölsen

Sonntag den 25. Mai nachmittags 3 Uhr im Bahnhof-Restaurant
Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Gemeindevertreter-Konferenz.
 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen erucht **Der Vorstand.**

Zu Sommerfesten und Wasserfahrten

Zug-, Ballon- und Jacou-Laternen,
Papier-Fackeln, Stäbchen und Lichte.
 Bei frühzeitigen Bestellungen kann jedem Wunsch betr. Kundlichst, haben
 und Jacou Rechnung getragen werden.
Die Volksbuchhandlung
 Geißeustraße 21.

Empfehle: Gute Speisekartoffeln,
 Eier, Butter, Käse, Vorklinge
 sowie sämtliche Grundwaren.
 Tiberie Preisreduzierer. Apfel-
 Kuchen billigst.
Otto Kegler, Weizenfels,
 Marienstraße 13.

Möbelfabrik u. Magazin
 31 Zeisigerstraße 31.
 Empfehle mein großes Lager aner-
 kannt gut solid gearbeiteter Möbel-
 und Holzwaren der Zeit an
 preisend zu billigen Preisen.
H. Bergmann, Tischlermtr.

Kartenschukstempel
 gut u. billig
 Alfred Pfausch
 Stempelfabrik
 Nicolaistraße 6

Pfeiffer & Diller's in Dosen
Kaffee-Essenz (Original-
 marke)
 empfiehlt **Fritz Raue.**

Achtung!
 Die Volksbuchhandlung bleibt von
 jetzt an Sonntags geschlossen.
 Die Preßkommission.

Zeitzer Bade- u. Massage-Anstalt
 Postalozzistraße. **Gustav Scholz**, Postalozzistraße.
 Geöffnet von früh 7 Uhr bis abends 8 Uhr.

